

Posener Tageblatt



Anzeigenbedingungen: Für das Erreichen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge unendlichen Manuskriptes. — Anschrift für Auftragsaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Posener Tageblatts, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammannschrift: Tageblatt Poznań. — Postfachkonto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Deutscher Heimatbote in Polen
Kalender für 1930
Der deutsche Familienkalender für 2,10
KOSMOS, Poznań, Zwierzyniecka 6, Telef. 6823

Bezug: in Polen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 3 Rn einchl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illust. Beilage 0,40 zł
Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr. im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 76 gr. Sonderplatz 50%, mehr. Ausland 100%, Zuschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“

„Die Welt der Frau“

Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“

68. Jahrgang

Freitag, den 22. November 1929

Nr. 269



Der neue Erzbischof von Paris.

Der Generalsuperior des Priesterseminars St. Sulpice, Kanonikus Verdier, ist als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Kardinals Dubois zum Erzbischof von Paris ernannt worden.

Die Polen in Ostpreußen.

Bekanntlich wird bei uns in Polen eine rege Propaganda getrieben und dafür plädiert, daß Ostpreußen eigentlich zu Polen gehören sollte, da dort eine „stark unterdrückte polnische Mehrheit“ wohne, die nur künstlich durch Terror gezwungen werde, ihr Volkstum zu verdecken. Daß das un- wahr ist, haben wir wiederholt nachgewiesen. Da, wer einmal sehen will, wie eigentlich das Polentum zum Beispiel in Ostpreußen „unterdrückt“ wird, der sollte sich das Vergnügen machen und einmal die „Gazeta Wschodnia“ lesen, um einen Begriff zu bekommen, was eigentlich Pressefreiheit in dem geläuterten „preußischen Kreuzritterlande“ ist. Die „Gazeta Wschodnia“, die erst kürzlich behauptet hat, daß Ostpreußens Grenzen mit brutaler Gewalt von dem Mutterlande Polen abgetrennt sind und der Wiedervereinigung harren, gibt uns nun in anschaulicher Weise einen Ueberblick über das Polentum in Ostpreußen, dessen Stimmenzuwachs, wie das Blatt sagt, ganz „erheblich gestiegen“ ist. In der Ausgabe Nr. 269 vom 20. November erzählt uns das Blatt:

Auf die polnische Liste sind folgende Stimmen abgegeben worden:

Kreis Königsberg	236 Stimmen
„ Gumbinnen	184 „
„ Allenstein	3075 „
„ Marienwerder	1741 „
zusammen 5236 Stimmen.	

Ostpreußen aber hat eine Bevölkerung von 2 272 883 Einwohnern. Wir können uns darum ausrechnen, wie groß die „polnische Mehrheit“ in Ostpreußen ist und welche Rechte der Westmarkenverein und sein Anhang an das „unter fremder Knute leujende“ Land haben.

Deutsch-polnisches Luftfahrtabkommen

Warschau, 20. November. (Pat.) Am 6. d. Mts. erfolgte zwischen Polen und Deutschland ein Notenaustausch, der mit der Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Luftfahrtabkommens zusammenhängt. Dieses Abkommen ermächtigt vom 21. November das deutsche Flugunternehmen das den ständigen Verkehr auf den Strecken Berlin-Danzig und Berlin-Königsberg unterhält, zur Ueberfliegung Pommerehrens. Andererseits haben Flugzeuge der polnischen Fluglinie „Lot“ das Recht, das deutsche Gebiet auf den Strecken Warschau-Danzig und Posen-Rattowitz zu überfliegen.

Der Bürgerkrieg in China.

London, 21. November. (N.) Zu dem Bürgerkrieg in China wird aus China gemeldet, daß der Aufstand sich noch weiter ausdehne. Die Aufständischen sollen in der letzten Zeit Verstärkungen erhalten haben durch den Uebertritt mehrerer Generale der Kwangsi-Armee, die schon im Frühjahr gegen die Zentralregierung in Peking sich erhoben hatte. In der letzten Zeit habe ein Führer der Regierungstruppen eine Stadt kampflos den Aufständischen überlassen.

Marschall Piłsudski wird sprechen.

Vorsichtige Kritik an der Rede des Ministerpräsidenten — Der Zensor wacht. Allgemeine Andeutungen. — Der Kampf gegen die nationalistische Jugend. — Die Verhandlungen mit Deutschland. — Kommunismenumzug.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 21. November.

Die Rede Switalskis ruft begreiflicherweise in der polnischen Presse eine sehr lebhaftes Sensation hervor, wobei man in der Formulierung der Kritik recht vorsichtig ist. Die Beschlagnahmen des „Robotnik“ und der „Gazeta Warszawska“ haben gezeigt, daß die Behörden recht rauh bei der Hand sind mit der Beschlagnahme eines Blattes, und dieser Gefahr möchte man sich nicht gern aussetzen. Vor allem ist es der Satz in der Rede Switalskis, daß wir vor einer Reihe von Erschütterungen stünden, die sich möglicherweise auf einem begrenzten Abschnitt, aber auch auf einer größeren Fläche abspielen könnten, der die Kommentare hervorrufen. Die „Nieczojopolita“ sagt, das könne alles oder auch gar nichts bedeuten. Nur das eine ist sicher, daß wir vor einem Abschnitt schwerer innerer Kämpfe stehen.

Auch jener Satz Switalskis, wo er von der Verfolgung einer geraden Linie spricht, selbst wenn dies vorübergehende Beunruhigung und ein Echo im Ausland fände, erregt lebhaften Aufmerksamkeiten. Die „Nieczojopolita“ sagt hierzu, Polen kann sich nach der Rede des Ministerpräsidenten nicht den Luxus leisten, ein schlecht organisierter Staat zu sein, aber es kann sich offenbar den Luxus leisten, die Meinung sich festsetzen zu lassen, daß es ein Land der ewigen inneren Streitereien sei, und daß es in Zukunft wohl erst dann zur Ruhe kommen wird, wenn einmal ein jeder das Lied von der Ersten Brigade singt.

Der „Kurjer Warszawski“ bemerkt, der Premier habe einem Kompromiß die Tür zugeschlagen. Allgemein wird in den Blättern hervorgehoben, daß in der Rede nichts enthalten sei, was konkrete Absichten der Regierung verrate. Es seien nur allgemeine Andeutungen getan worden, daß die Macht des Staatspräsidenten und der Regierung verstärkt werden müsse. In welcher Weise, auf Grund welcher Bestimmungen und durch welche Änderungen der Verfassung dies geschehen soll, habe Switalski nicht gesagt.

Angeichts dieser Unsicherheit wird mit großem Interesse die Nachricht aufgenommen, Marschall Piłsudski werde in den nächsten Tagen durch das Radio eine Rede über die heutigen politischen Aufgaben halten. Selbstverständlich sieht man dieser Rede mit der größten Spannung entgegen. So viel ist sicher, daß die Regierung ihre „starke Hand“ dazu benutzt hat, um die Ausschreitungen zu unterdrücken,

die von der nationalen Jugend gegen den Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsvertrages beabsichtigt waren. Gegen die Demonstrationsversuche am letzten Dienstag hat die Polizei doch recht lebhaft eingegriffen. Auch haben es die Behörden verhindert, daß die aufreizendsten Stellen der Reden, die im Rathaus gehalten wurden, in den Zeitungen zur Veröffentlichung kam. Die „Gazeta Warszawska“, die am Mittwoch mit großen weißen Stellen erschien, ist nun in der Lage, einen Bericht über die Protestversammlung im Rathaus zu veröffentlichen, wobei jedoch die aufreizendsten Stellen, vor allen Dingen in der Rede Stronkisz, weggelassen sind.

Die Verhandlungen selbst scheinen, nach der „Gazeta Warszawska“ nunmehr einen günstigen Verlauf zu nehmen. Die „Gazeta Warsz.“ stellt fest, daß die Verhandlungen zwischen Rauscher und Kwiatkowski hinsichtlich des kleinen Handelsvertrages auf dem besten Wege seien. Ein Luftfahrtsvertrag gestattet die Ueberfliegung fremden Gebietes auf den Strecken Posen-Rattowitz usw. Die Vertreter von vier Schiffahrtslinien, der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg-Südamerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd und der Deutschen Ostafrika-Linie, verhandeln mit dem Direktor des Auswanderungsamtes über die Zulassung von Konzessionen für den Auswanderertransport. Auch der der Regierung nahestehende „Kurjer Poranny“ stellt fest, daß die Verhandlungen auf gutem Wege seien.

Gestern versuchten Kommunisten einen Umzug zu veranstalten, um die zehnjährige Wiederkehr des Jahrestages der Gründung der kommunistischen Partei zu feiern. Der Umzug war verhältnismäßig klein, aber es kam doch zu Zwischenfällen. So soll einem Manifestanten ein Transparent entrissen worden sein, die Polizei erschien, und es wurde geschossen. Dabei wurde der Postbeamte Kliba getötet, ein gewisser Rynas, angeblich ein schwerer Einbrecher, wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt, und eine 19jährige Jüdin, die aus Lodz nach Warschau gekommen war, erhielt ebenfalls einen Brustschuß, der sie schwer verletzte. Der Bericht der Polizei läßt nicht erkennen, wer hier eigentlich geschossen hat. Um 7 Uhr abends herrschte in der Nowo-Żupia ein sehr lebhafter Verkehr, und es muß unbedingt festgestellt werden, ob es Teilnehmer gewesen sind, die die Schüsse abgegeben hatten, die Vorübergehende treffen mußten.

Die Saarverhandlungen in Paris.

Paris, 21. November. (N.) Am heutigen Donnerstag vormittag werden im großen Saal des französischen Außenministeriums die deutsch-französischen Saarverhandlungen eröffnet werden. Die französische Presse betont, daß die Besprechungen streng vertraulich sein würden und daß im Augenblick nicht die Rede davon sein könnte, die Frage auf das Gebiet der Politik zu bringen. In dieser Hinsicht sei die Lage eindeutig und klar. Die Pariser Morgenblätter benutzen die Gelegenheit, Forderungen zu entwickeln. Im Jahre 1935 würden die Saarbewohner das Recht haben, zu wählen zwischen der „Rückkehr“ nach Frankreich (wie die Blätter sich ausdrücken), der Wiedervereinigung mit Deutschland und der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Völkerbundsregimes. Die Tatsache der Eröffnung der Verhandlungen allein, so schreibt das „Journal“, lasse die Annahme zu, daß man auf französischer Seite mit der Wahrscheinlichkeit der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland rechne. Andererseits wären die Verhandlungen unnötig. Das Blatt behauptet weiter, das gegenwärtige Saarregime stelle alle Interessen zufrieden (!), und die politische Lösung der Saarfrage werde nur durch den Völkerbund erfolgen können, nachdem ein Abkommen über die künftige Regelung der Interessen zustande gekommen sei. Vertinac behauptet im „Echo de Paris“, die französische Verhandlungsbereitschaft sei mit der Möglichkeit eines für Frankreich ungünstigen Votens im Jahre 1935 begründet. Für die Aufgabe von fünf Jahren

Herrschaft im Saargebiet müsse Frankreich als Gegenleistung einen Rückkaufpreis für die Saargruben erhalten, der der verbesserten Grubenausrüstung Rechnung trage, ferner eine Verwaltung der Kohlengruben, die die Versorgung der elsässischen und lothringischen chemischen Industrie mit Kohle gewährleisten. Zu diesem Zweck würde es genügen, daß deutsch-französische Betriebsgesellschaften gegründet würden. Schließlich müsse ein Zollsystem bis 1935 Frankreich die Möglichkeit geben, seine Wareneinfuhr (mehr als 2 Milliarden Franken im Jahr) beizubehalten und nach dem Jahre 1935 diese wichtigen Posten des französischen Außenhandels nur langsam zu vermindern. Die vom französischen Saarausschuß ausgearbeiteten Vorschläge werden am Donnerstag in den Besprechungen geprüft werden. Es sei aber zu befürchten, daß Berlin sich vor allem von politischen Gesichtspunkten leiten lassen werde. Wenn eine gerechte Lösung nicht möglich sei, so wäre es zweifellos besser, noch auf weitere fünf Jahre die Vorteile des Versailler Vertrages zugunsten Frankreichs auszunutzen und erst dann die Ungewissheit einer Volksabstimmung auf sich zu nehmen. Die Rollen seien vertauscht, man hätte erst die Saarfrage regeln sollen, um dann in die Rheinlandräumung einzutreten. Das sozialistische „Oeuvre“ vertritt ähnliche Gedankengänge, die sicherlich auf eine einseitige Informierung der französischen Presse zurückzuführen sind.

Kursänderung in der spanischen Politik.

Beschärfung der Diktatur.

(Von unserem jändigen Berichterstatter.)

(Nachdruck verboten.)

v. Gss. Madrid, 11. November.

Spanien ist ein Land, in dem sich persönliche Stimmungen und Leidenschaften in der Politik oft wesentlich mehr auswirken, als dem Gang der Dinge zuträglich ist. Man muß sich vor politischen Voraussagungen hüten, weil jeder neue Tag das gerade Verkündete wieder umstoßen kann.

Primo de Rivera hat kurz nach dem siebenten Jahrestag seines Staatsreichs einen Aufruf an das Land erlassen, worin er die alten politischen guten Stils zur Mitarbeit an dem neuen Verfassungswerk und gleichzeitig zum Eintritt in die Nationalversammlung aufforderte. Dadurch wollte er eine breitere Plattform schaffen und die Opposition soweit wie möglich lahmlegen. Parallel dazu verkündete er das Ende der Diktatur für den Sommer des kommenden Jahres. Ohne Zweifel waren alle diese Worte durchaus ernst gemeint, denn der spanische Diktator ist ein offener und aufrichtiger Mann, der nur den einen Fehler hat, politische Kindeereien seiner Gegner ernst zu nehmen und sich darüber aufzuregen, wobei er sich in seinem gerechten Zorn dann immer wieder dazu hinreißen läßt, klare und zweckmäßige Dispositionen, die in leidenschaftslosen Stunden diktiert wurden, über den Haufen zu werfen. Der Beweis dafür sind seine offiziellen Noten aus diesen Tagen, die das eben erwähnte September-Programm völlig umwerfen und eine Abkehr von der Versöhnungspolitik mit dem alten Regime bedeuten. Die Nationalversammlung, die unter Mitwirkung eines Teiles der alten Politiker und der Vertreter der körperlich-organisatorischen Anfang dieses Monats ihre Sitzungsperiode eröffnen sollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt und damit natürlich auch die Beratung des neuen Verfassungsentwurfs, der die Grundlage des künftigen spanischen, politischen Lebens bilden sollte. Damit sind alle diejenigen ehemaligen Gegner Primo de Riveras, die sich zur Mitarbeit entschlossen hatten, vor den Kopf gestoßen, und breiter als bisher klafft der Spalt nun zwischen dem Einß und Jetzt, ein Endeffekt, den der Diktator noch vor kurzem peinlichst vermeiden wollte. Wenn Primo jetzt im Brustton der Ueberzeugung ruft: „Schluß mit falscher Nachgiebigkeit, es gibt kein Datum mehr für die Beendigung der Diktatur“, so soll man das auch wieder nicht allzu ernst nehmen. Es ist ein Schreckschuß, mit dem zunächst nur erreicht wurde, daß die Gegner der augenblicklichen Regierung neues Wasser auf ihre Mühlen bekommen und die Kaffeehaus-Kommentare der „Intellektuellen“ wieder beginnen, eine kritiklose sogenannte öffentliche Meinung zu beunruhigen. Ernstere Folgeerscheinungen wird auch diese spontane Maßnahme Primo de Riveras nicht haben, aber immerhin war es reichlich unnötig, erneut Staub aufzuwirbeln.

Die Ursachen, die zu den neuen Maßnahmen geführt haben, sind in der Hauptsache nur auf Stürme im Wasser als zurückzuführen. Vor allem war es die Madrider Rechtsanwaltskammer, die bei den Wahlen ihrer Vertreter zur Nationalversammlung Primo de Rivera vor

Die Not der deutschen Bauern vor Moskau.

Herzzerreißende Szenen.

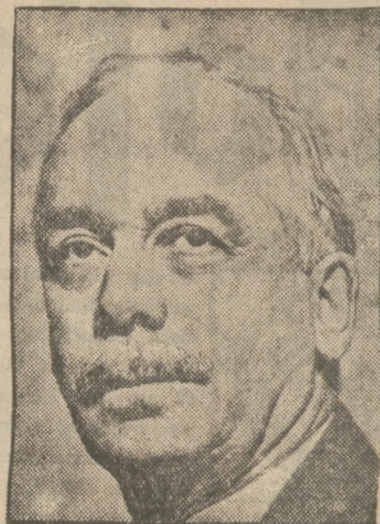
Moskau, 20. November. Die Sowjetbehörden haben gemäß der gestern erfolgten amtlichen Erklärung, sie würden jede weitere Auswanderung deutschstämmiger Bauern verhindern, Vorbereitungen für den sofortigen Rücktransport derjenigen Bauern getroffen, die in den Vorstädten seit Wochen vergeblich (!) auf Ausreise gewartet haben. Zahlreiche Güterzüge stehen bereit, um die Bauern mit ihren Habeleistungen in täglichen Schüben von je zwei bis drei Zügen abzufördern. In den Wagen sind die Bestimmungsorte mit Kreide angezeichnet: Sibirien, Krim, Nordkaukasus, je nachdem woher die Kolonisten gekommen waren. In den Bahnhofschuppen spielen sich **herzzerreißende Szenen** ab. Die Bauern stehen mit ihren Frauen und Kindern jammernd und weinend umher und fühlen sich um ihre letzte Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage im Ausland betrogen.

Die Sowjetregierung sagt begreiflicherweise kein Wort darüber, warum diese Tausende von Unglücklichen „vergeblich“ warten mußten: weil die roten Gemalthaber ihnen aus lauter brutaler Willkür die Pässe verweigerten, soweit

die Vermögen nicht die unsinnige Summe von 220 Rubel (rund 450 Mark!) pro Person erlegen konnten. Das Befahren die wenigsten, und diesen wurde das Letzte von Amts wegen erpreßt.

Die Rücktransportabsichten der Moskauer Regierung, aus denen wieder einmal die mechanische Unmenschlichkeit der Sowjets eindeutig hervorgeht, erscheinen um so unverständlicher, als die natürlich auch in Moskau wohlbekanntesten deutschen Hilfspläne nun endlich zu einem ersten greifbaren Resultat geführt haben.

Moskau, 20. November. Der deutsche Generalkonsul Schlesinger ist hier eingetroffen und brachte die vom Berliner Auswärtigen Amt der Deutschen Botschaft erteilte Ermächtigung, sofort tausend deutschen Kolonisten das Bismarck für die Einreise nach Deutschland auszustellen. Die Sowjetregierung gab daraufhin ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck, die Zahl der Auswanderung zu erlauben. Ob nun der Rücktransport der übrigen deutschstämmigen Bauern in ihre Heimatgebiete eingestellt wird, ist noch unbestimmt.



Zum Tode des amerikanischen Kriegsministers.

James W. Good, der amerikanische Staatssekretär für Kriegswesen, im im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Blinddarmoperation in Washington gestorben.

Hoersch bei Briand und Berthelot.

Eine Unterredung.

Paris, 20. November.

Die Deutsche Botschaft teilt folgendes mit:

Der Botschafter hatte heute nachmittag Unterredungen mit dem Minister des Aeußern Briand und dem Generalsekretär des Ministeriums des Aeußern, Philippe Berthelot. Es bestätigte sich, daß der Wunsch der französischen Regierung nach Verschlebung des Schlußteils der Haager Konferenz auf Anfang Januar sich lediglich darauf gründet, daß einmal der französische Finanzminister Chéron während der im Dezember zu Ende zu führenden parlamentarischen Erörterungen des französischen Staatshaushalts nicht abkömmlich ist, was andern, daß die Kommissionsarbeiten zur Regelung der Frage der sogenannten Reparationen zu einem nach französischer Auffassung bisher ungenügenden Ergebnis geführt haben. Die Tatsache, daß im Monat Dezember in Deutschland der Volkstschickel stattfindet, hat, da es sich dabei um eine rein innerdeutsche Angelegenheit handelt, bei der Stellungnahme der französischen Regierung keine Rolle spielt.

Wesentlich weiter gebieter sind also die Dinge nicht. Die französische Regierung ist zwar nicht in der Lage, von sich aus zu beschließen, wann die Konferenz stattfinden soll, jedoch kann sie jederzeit durch die Angabe von Verhinderungsgründen eine Früberlegung vereiteln. Das ist erfolgt. Es besteht freilich kein Zweifel, daß sie jetzt mit ihren Haushaltsberatungen und anderen Fragen etwas ins Gedränge geraten ist, besonders auch nach der zehntägigen Ministerkrise. Mit solchen Zwischenfällen mußte man jedoch bei der ersten Haager Konferenz von vornherein rechnen. Wenn die französische Regierung bei den diplomatischen Verhandlungen den Einfluß des deutschen Volkstschickels auf ihren Verzögerungswunsch leugnet, so hat sie doch bei jetzt alles unterlassen, um den von der halbamtlichen Presse erweckten Eindruck zu berichtigen. Über immerhin: die Gründe der Verzögerung liegen jetzt nach ihrem eigenen Zugeständnis außerhalb des von Deutschland selbst bekundeten Willens. Die Verzögerung selbst widerspricht sogar den deutschen Wünschen. Sie kann hingenommen werden mit dem bestimmten Vorbehalt, daß trotz-

dem der 30. Juni das unabänderliche Enddatum für die Räumung der dritten Zone sein muß, wenn während des ersten Halbjahres 1930 der Youngsche Plan in Gang gesetzt werde.

Paris

hat sich „sorgfältig vorbereitet“.

Der günstige Augenblick vor 1935.

Paris, 20. November.

Die französische Kammer wird sich am Donnerstag über die Saar-Interpellation Franklin Bouillons auszusprechen haben. Seine Anfrage hat in politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt. Sogar ein Teil der rechtsstehenden Presse billigt keineswegs den Vorstoß Franklin Bouillons, da sie in der Ernennung des Ministers für die öffentlichen Arbeiten Fernot zum Vorsitzenden der französischen Abordnung eine ausreichende Sicherheit für die Wahrung der französischen Interessen erblickt.

Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme des Millerandschen „Avenir“, der u. a. schreibt: „Man mag über die französische Außenpolitik denken, wie man will, doch muß man zugeben, daß sie eine gerade Linie einhält und von dem Willen geleitet wird, außenpolitische Verhandlungen nur im Rahmen des Versailler Friedensvertrages zu führen. Wir sind daher der Ueberzeugung, daß von einer Preisgabe des politischen Saarkstatuts keine Rede sein kann, noch weniger aber des Mandats über das Saargebiet, das uns der Völkerverbund erteilt hat. Freundschaftlichen Verhandlungen über das zukünftige wirtschaftliche, Zoll- und Eisenbahnsystem des Saargebietes steht aber nichts im Wege. Sie würden nur gefährlich sein, wenn Frankreich seine günstige Lage nicht ausnützte, die ihm im Augenblick größere Vorteile bietet, als dies im Jahre 1935 der Fall wäre, wenn ein Volksbegehren der Saarbewohner sich gegen Frankreich ausgesprochen hätte. Franklin Bouillons Anfrage ist daher überflüssig, da Frankreich sich für die Konferenz sehr sorgfältig vorbereitet hat.“

Eine Erklärung des Westmarkenvereins.

Sie fordern weiterhin Enteignung. — Immer noch Politik des Krieges. Der Entdeutschungsfadismus.

Der Hauptvorstand des Westmarkenvereins veröffentlicht im „Kurjer Poznański“ folgende Erklärung:

Im Zusammenhang mit dem von der polnischen Regierung am 31. Oktober geschlossenen Liquidationsvertrag ist in der polnischen Gesellschaft große Beunruhigung und Sorge um die Sicherheit der Westländer entstanden. Um nun die öffentliche Meinung zu orientieren, andererseits aber die polnische Regierung über die Wünsche der Bevölkerung zu unterrichten, hat der Hauptvorstand des Westmarkenvereins nach eingehender Untersuchung der Vertragsbedingungen beschlossen, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Die Liquidation deutscher Güter auf Grund des Versailler Vertrages hat seit der Entstehung des Westmarkenvereins einen der wichtigsten Gegenstände unseres Interesses gebildet. Der Verein schreibt sich das Verdienst zu, die damaligen Regierungssitellen im Jahre 1922 zu einer praktischen Ausübung der Liquidationsrechte erweckt zu haben, und zwar durch Aufklärung der Volksgemeinschaft wie auch der Regierungsverhältnisse über die große politische und wirtschaftliche Bedeutung der Liquidation, durch die Veranlassung und teilweise sogar selbständige Vorbereitung der zur Ausübung der Liquidationsrechte nötigen Gesetze, durch die Mobilisierung von Hunderten von Rekrutanten auf Ansiedlungen und städtische Objekte der Liquidation, durch eine ständige Intervention bei den zuständigen Stellen in der Richtung, daß unsere Liquidationsrechte vollkommen ausgenutzt würden.

Insbesondere hat der Verein im Laufe der drei letzten Jahre bei jedem Appell an die Bevölke-

rung (Rundgebung gegen das Vorgehen Schachts in Paris, gegen die Rede des Präsidenten Hindenburg in Oppeln, gegen die Verprügung polnischer Schaulpieler in Oppeln usw.) stets in den vorgelegten Entschliessungen an die Notwendigkeit einer schnellen und völligen Verwirklichung der Liquidationsrechte erinnert und durch eine Reihe von Interventionen die höchsten amtlichen Stellen auf diese Angelegenheit hingewiesen.

Unter anderem ist im vergangenen Jahre dem Herrn Staatspräsidenten eine Denkschrift unterbreitet worden, welche die deutsche Frage in Polen beleuchtete, und wo die Notwendigkeit völliger Erschöpfung der Liquidation besonders stark betont worden ist. Eine Kopie dieser Denkschrift ist im Sommer dieses Jahres den interessierten Herren Ministern des gegenwärtigen Kabinetts unter Hinweis auf unsere vorläufigen Forderungen zugestellt worden. Noch vor nicht ganz einem Jahre hat eine Delegation des Vereins in einer Audienz im Außenministerium über die Aussichten bezüglich der Liquidation interpelliert und die Versicherung erhalten, daß die Liquidation unbedingt ausgeführt werden würde.

So mußte denn auch der unerwartete Verzicht der polnischen Regierung auf die Liquidationsrechte namentlich den Westmarkenverein treffen, als eine an diesen Fragen besonders interessierte Organisation.

Dieser Vertrag nimmt unserem Staate die Möglichkeit, eine Reihe größerer Landgüter, die etwa 30 000 Hektar umfassen, und einige zehn städtische Objekte zu liquidieren. Die Beendigung der Liquidation dieser Objekte wurde in hohem Maße den für die polnische Bevölkerung in den Westländern so ungenügenden Besitzstand verbessern. (?) Wir er-

innern daran, daß in Pommern, wo, wie uns allen bekannt, die Bevölkerung zu einer großen Mehrheit polnisch ist, sich fast sieben Mal so viel Großgrundbesitz in deutscher Hand befindet wie in polnischer Hand, wenn man das zahlenmäßige Verhältnis der Deutschen zu den Polen zum Maßstab nimmt. Im Posenischen ist das Verhältnis 4:1 zugunsten der Deutschen, in Schlesien 25:1. Vor allen Dingen nimmt der Vertrag dem Staate die Möglichkeit, wichtige Sammelpunkte des deutschen kulturellen und politischen Lebens aufzuheben und eine Gefahr zu beseitigen, die dem Staate in militärischer Hinsicht drohen kann. (!!!)

Besonders empfindlich ist die erhebliche Schwächung der Rechte des Erstkaufs bezüglich der sog. Rentengüter, was zur Folge hat, daß der von der Ansiedlungskommission aus polnischer Hand gekaufte Boden in deutschen Händen bleibt. (Belanntlich ist das nicht wahr. Zur Zeit der preussischen Ansiedlung hat der polnische Besitzstand zugenommen, so daß also hauptsächlich Boden aus deutscher Hand erworben wurde! Red. „Pos. Tagebl.“)

Der Westmarkenverein zweifelt nicht daran, daß die Regierung dem Sejm und der Gesellschaft die Motive vorlegt, die sie bewegen haben, so viele Opfer auf sich zu nehmen, und wendet sich an die Regierung mit dem Appell:

1. Daß der am 31. Oktober geschlossene Vertrag als eng mit dem Young-Plan verbunden anerkannt werde, damit insbesondere im Falle der Nichtannahme des Young-Planes in Deutschland der oder bei uns der Vertrag als nicht bestehend betrachtet wird;

2. Daß die Regierung solche Schritte unternimmt, die einen breiten Streifen längs der Grenze und rings um die wichtigsten strategischen Punkte und Verkehrswege durch eine geschlossene, dem Staate lokale Bevölkerung sichern; denn es ist für jeden Polen klar, daß unsere Westgrenzen unantastbar sind und somit keine internationale Macht die polnische Regierung daran hindern kann, ihre Sicherheit und Unantastbarkeit mit Hilfe der nötigen Maßnahmen festzulegen. Diese Rückfragen verlangen,

3. Daß die Regierung in keiner Weise auf das Recht des Erstkaufs der Rentengüter verzichtet, wobei wir verlangen müssen, daß das Erstkaufsrecht konsequent und planmäßig in der Praxis durchgeführt wird. Das erfordert Rückfragen allgemein-menschlicher Ethik (O diese ethisch verwirrten! Red.), die die das polnische Volk ins Unrecht setzenden Folgen der Germanisierungspolitik (!!) der preussischen Regierung in unseren Westländern zu korrigieren und aufzuheben heißen;

4. Daß die Regierung in ihrer Innenpolitik — vor allem in der Politik der Beförderung des Agrarsystems — sich von gefunden nationalen Grundrissen bezüglich der westlichen Teilgebiete leiten läßt. Was den kleineren Besitz und die Ansiedlungen betrifft, so müßte die Gesetz-



Der neue Bundespräsident der Schweiz.

Das Mitglied des Schweizer Bundesrats und Chef des Finanz-Departements Dr. Mury wurde zum Bundespräsidenten für das Jahr 1930 gewählt. Dr. Mury hatte dieses Amt bereits im Jahre 1925 inne.

den Kopf gestoßen hat. Diese würdigen Herren scheuten sich nicht, ihr Prestige aufs Spiel zu setzen und wählten, ohne Zweifel in einer kindischen Anwandlung, ausgerechnet die größten Feinde Primos, von denen der erste in Paris in Verbannung lebt, der zweite sich dem Zugriff des spanischen Staatsanwalts durch Flucht nach Frankreich entzogen hat und der dritte der gemeinste Verleumder und Beschmäher seines eigenen Vaterlandes ist. Sekundiert wurde dieses Manöver durch die hiesige sogenannte Akademie der Rechtswissenschaften, die ebenfalls, den alten „parlamentarischen“ Gebräuchen treubleibend, Geschmacks- und Geistlosigkeit mit Verantwortungsgefühl und politischer Aktivität verwechselt hat. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß diese „Akademie“ in der Hauptsache nichts weiter ist als ein Verein früherer und gegenwärtiger Rechtswissenschaften Studierender und nicht im entferntesten auf eine Stufe mit den anderen wissenschaftlichen Akademien gestellt werden kann. Unter diesen Umständen ist es nur schwer zu verstehen, daß Primo es nicht vorgezogen hat, diese lächerlich kindischen Demonstrationen einfach zu ignorieren. Erster schon liegt der Fall bei den Ereignissen um den Prozeß, der in Valencia gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Sanchez Guerra geführt wird und die schließlich am wesentlichsten zu der oben dargelegten Verrücktheit in der Haltung der Regierung beigetragen haben. Wenn man weiß, daß Primo de Rivera, obwohl er alle Möglichkeiten dazu gehabt hätte, sich im festen Vertrauen auf die Unparteilichkeit der Richter jeder Einflusnahme auf den Gang des Prozesses enthalten hat, dann wird man begreifen, wie ihn das Kriegserichtsurteil über raschte, das tatsächlich aller Beschreibung spottet. Die als Richter fungierenden Generale haben Sanchez Guerra, der, wie erinnerlich, im Februar dieses Jahres in Spanien die Republik ausrufen wollte und gleichzeitig den zweiten Artilleristen-aufstand führte, freigesprochen. Das Urteil ist also weiter nichts als eine politische Demonstration gegen Primo de Rivera und die Diktatur. Dieser Schlag traf Primo schwerer als jeder andere, da er glaubte, aus dieser Haltung der Generale auf eine neue ihm feindliche Strömung innerhalb der Armee schließen zu müssen. Jeder objektive Beobachter dagegen wird darin nicht mehr sehen als einen Affront einiger politischer Wichtigtuer, denn die Stimmung in der Armee ist ohne Zweifel heute nicht anders als bisher. Der für die Bestätigung des Urteils maßgebende Generalkapitän von Valencia hat das „Urteil“ natürlich nicht bestätigt, so daß der Prozeß Sanchez Guerra an den Obersten Kriegs- und Marinerat überwiesen werden muß. Hereingefallen ist also zunächst nur der Angeklagte selbst, der seinen vergnüglichen Sommeraufenthalt auf einem Kriegsschiff im Hafen von Valencia aufgeben muß und in ein weniger behagliches Gefängnis lokal zwangsweise übersiedeln wird. Die Begründung des Generalkapitäns für die Ablehnung der Urteilsbestätigung war sehr geschickt und allgemein interessant. Er stützte sich nämlich darauf, daß die auf Rebellion verurteilte lautere Anklage unzulässig sei, da es dem Gesetz entsprechend eine solche nicht gäbe, d. h., er steht auf dem Standpunkt, daß jeder Versuch zur Rebellion bereits vollendete Rebellion sei. Die Anklage wird nun auf Verschwörung erhoben werden, worauf als Mindeststrafe acht Jahre Gefängnis stehen.

Wenn man den hier umlaufenden Gerüchten Glauben schenken will, dann scheint die Krone an dem Urteilspruch in Valencia nicht ganz unbeteiligt zu sein, und es wird nun davon abhängen, ob Primo auch weiterhin die Kraft ausbringen wird, sich gegen solche schon wiederholt da-gewesenen Schwierigkeiten durchzusetzen, woran wohl kaum gezweifelt werden kann.

Die Gesamtlage sieht heute, trotz der im vorstehenden geschilderten Ereignisse, eher besser als bisher, und man kann ruhigen Gewissens prophezeien, daß die Dinge ihren normalen Verlauf nehmen werden, ohne zu ernstlichen Störungen zu führen.

Eisenbahnunfall.

London, 21. November. (R.) In Südenland fuhr ein Güterzug in ein Lagergebäude hinein. Dabei wurden drei Personen getötet und zwei schwer verletzt. Der Anprall des Zuges gegen das Lagergebäude war so stark, daß er weit-jin gehört wurde.

Aus Stadt und Land.

Wahl des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer. In der gestrigen Sitzung der Wielkopolska...

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung, die nunmehr unter den früheren günstigeren...

Eingaben

Der Verband der Kaufmannsvereinigungen wendet sich an den Magistrat mit dem Ersuchen, wieder normale Unterrichtsverhältnisse herzustellen...

Änderung von Strafnamen.

So äußern z. B. Bewohner der „Wallische“ den Wunsch, diesen Namen, der bisher allerdings mit einem gewissen Schüttelfrostgefühl...

Die Tagesordnung.

Die Tagesordnung ist schnell erledigt wurde. Stadtrat berichtet über die Bewilligung einer...

einmaligen Beihilfe

Für die Beamten, Arbeiter, Theatertruppe, Lehrer, Emeriten, Witwen und Waisen der Stadt. Ein vorläufiger Beschluss des Haushaltsausschusses geht dahin...

Sagungen für die soziale Fürsorge

wurde von Frau Dr. Grohman bei reger Unterstützung vorgetragen.

KINO SYLOWE. Heute, Donnerstag, den 21. d. Mts. Premiere des wunderbarsten Liebestilms unter dem Titel: Liebestraum. Regie: Fred Niblo. Joan Crawford, Aileen Pringle, Carmel Mayer, Nils Asther, Warner Oland.

Bei der Angelegenheit des Parzellenverkaufs für gewerbliche Zwecke

in Głowno handelte es sich um Richtigstellung eines Protokolls, worüber man so sehr in Rede eifer geriet...

geharnischte Entschließung

in der vom Magistrat verlangt wird, daß er binnen 14 Tagen eine ausführlich begründete Aufstellung der Baukosten des Hotels „Polonia“...

urzfristigen Anleihe von 1 1/2 Millionen Schweizer Franken

bei einer Genfer Bank für Investierungszwecke erhob sich kein Widerspruch. Darauf trat man an Hand einer mächtigen Karte in geheime Beratungen über die Ausbaupläne ein.

Luise Schaffen-Döring-Vortrag.

Wir haben die Freude, Frau Luise Schaffen-Döring hier in Polen begrüßen zu dürfen. Sie hat mehrere Vorträge bei einer Jungmutterfreizeit in Schröttersdorf bei Bromberg übernommen...

Der Titel des Buches scheint seinen Inhalt einzugehen. Die Frauenfragen sind hier nicht so herausgegriffen und für sich behandelt, daß der Titel den Inhalt träge sondern — und das ist ein großer Vorzug des Buches — mit all den Gesamtgebieten und Zeitercheinungen behandelt, mit denen die Frauenfragen auch tatsächlich unlöslich verknüpft sind...

Seite ein Zeitdokument. Denn die Stimmen mehren sich, die im starken Gegensatz zur Fortschrittlichkeit als einer Zeit des Individuums, die Bestimmung des Menschen als eines Gliedes der Gemeinschaft sehen wollen.

Seine Goldene Hochzeit begeht am nächsten Montag, 25. November, der frühere General-Landschaftsrat, Geheimer Regierungsrat Franz Kusner mit seiner Gemahlin, der seit seiner Abwanderung aus Polen in Breslau, Charlottenstraße 32, wohnt.

Einzigiger Abend des Dresdner Streichquartetts.

Ein neues Dezernat für physische Erziehung hat der Magistrat geschaffen.

Verband deutscher Angestellten in Polen.

Explosion elektrischer Leitungen.

Um 6000 Zloty betrogen sein will ein Stefan Boznjak aus Poczogowo, Kreis Schrimm.

Schwerver Unfall.

Ein Selbstmordversuch unternahm die 18jährige Jozfa Karasińska, Fischerei 7.

Diebstähle.

Vom Wetter.

Sonnenaufgang und Sonnenuntergang am Freitag, 20. November: 7.36 und 15.57 Uhr.

Nachtdienst der Ärzte.

Nachtdienst der Apotheken vom 16.—23. November.

Wasserspiegel der Warthe in Posen betrug heute, Donnerstag, früh + 0,31 Meter, gegen + 0,30 Meter gestern früh.

Rechtliche Hinweise.

Neuzeitige Augengläser erhält man im Optischen Institut „BOBE“.

Aleje Marcinkowskiego 7.

Landw. Mitteilungen der Pat., Bericht über den Schiffsverkehr usw. 17.25—17.45: Englisch (Elementarunterricht) 17.45—18.45: Nachmittagskonzert aus Warschau...

Programme des Deutschlandsenders für Freitag, 22. November. Königsruherhaus: 9.30: Ein Vater erzählt Geschichten...

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen vom 23. bis 30. November.

Sonntags, 23. Uhr: Beichtgelegenheit; 9 Uhr: Predigt und Amt; 3 Uhr: Vesper, Predigt und hl. Segen...

Aus der Wojewodschaft Posen.

Amiee, 18. November. Ein von der Arbeit in der hiesigen Zuckerrübenfabrik zurückkehrender Arbeiter verlor beim Kauf einer Fahrkarte...

Bartshin, 20. November. Am Sonnabend geriet der Eisenbahnbeamte Wisniewski aus Znowroclaw auf dem hiesigen Bahnhof beim Rangieren zwischen die Puffer...

Bromberg, 19. November. Auf dem hiesigen Militärflugplatz ereignete sich ein noch glücklich verlaufener Flugzeugunfall.

S. Budzin, 19. November. Das Wintervergnügen der Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe fand am Sonntag in dem geschmackvoll erneuerten Saale des ehemaligen Hotels Moege statt.

Mogilno, 20. November. Der elfjährige Rudolf Waldemar verursachte durch leichtsinniges Umgehen mit Feuer einen Brand auf dem Gehöft der Rosalie Kidel in Staboszewo...

Mrotischen, 19. November. Am Sonntag wollte ein auswärtiges Kino im Saale des Hotelbesitzers W. Pajzderki einen Film zeigen...

Spenden für die deutsche Altershilfe. Ungenannt 200 Zloty. Weitere Gaben werden dankend von uns entgegen genommen.

Richtige Sehkraft

bedeutet vermehrte Arbeitskraft, gesteigerte Lebensfreude und erhöhtes Wohlbefinden.

Neuzeitige Augengläser

erhält man im Optischen Institut „BOBE“

Aleje Marcinkowskiego 7.

Handelsnachrichten.

Die Preisbewegung am polnischen Getreidemarkt. Die erste Dekade des laufenden Monats war charakterisiert durch die Unterbrechung der sinkenden Tendenz am Getreidemarkt.

Table with 3 columns: Getreideart (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer), Ort (Warschau, Posen), and Preise (21.10., 28.10., 2.11., 9.11.).

Die leichte Befestigung der Getreidepreise in Polen steht im Zusammenhang mit den zu erwartenden Auswirkungen der neuen Getreideexportprämien.

Starke Bevorzugung der Landwirtschaft beim Getreide-Exportbüro. — Protest des Getreidehandels wegen Benachteiligung seiner Interessen.

Auch der jüdische Getreidehandel protestierte kürzlich in Warschau gegen das Exportbüro und insbesondere dagegen, dass man Posen zum Zentralort dieser Organisation gewählt habe.

Forderung nach Revision der Ausfuhrzölle für polnische Oelkuchen. Bekanntlich tritt auf Grund der Novelle zur Verordnung über den Ausfuhrzoll für Oelkuchen der Ausfuhrzoll ab 1. Dezember d. J.

Bau einer grossen Molkerei in Gdingen. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit einer Regelung des Absatzes von Milch und Milchprodukten für die pommerellen Landwirte, hat das Landwirtschaftsministerium auf Antrag der Pommerellen Landwirtschaftskammer 500 000 Zloty als Beihilfe für den Bau einer grossen Molkerei in Gdingen bewilligt.

Um die zollfreie Einfuhr von Sonnenblumensamen. Die Oelmühlenindustrie trifft Vorbereitungen zur Erweiterung ihrer Produktion durch Verarbeitung von Sonnenblumensamen.

Deutsch-polnische Eisenbahnkonferenzen. Die „Gazeta Polska“ weist auf die Bedeutung der soeben in Berlin abgehaltenen deutsch-polnisch-russischen Eisenbahnkonferenz, deren Ergebnisse eine verstärkte Beteiligung Polens als Transitland an dem deutsch-russischen Güterverkehr erwarten lassen.

Die Eisenbahnstrecke Kality-Herby-Nowe zweigleisig. Durch eine Kommission des Verkehrsministeriums wurde dieser Tage das zweite Gleis der Eisenbahnlinie Kality-Herby-Nowe in einer Länge von 21,5 km für den Verkehr freigegeben.

Ein neues Wechsel- und Scheckrecht in Jugoslawien. Am 19. Dezember d. J. tritt in Jugoslawien ein neues, auf modernen Grundsätzen basierendes Wechsel- und Scheckrecht in Gültigkeit für das ganze Staatsgebiet in Kraft.

Einfuhr von Warenmustern nach Litauen. In Ergänzung der bestehenden Bestimmungen über Ursprungszeugnisse für ausländische Waren, die zur Einfuhr gelangen, ist von der litauischen Regierung eine Verordnung erlassen worden.

Getreide. Lemberg, 20. November. An der Börse werden Hafer und Roggen zu bisherigen Preisen in grösserer Menge gehandelt.

Vieh und Fleisch. Warschau, 20. November. Schweine 2.50-2.82 zt für 1 kg Lebendgewicht loko Städtisches Schlachthaus.

Fische. Danzig, 20. November. Marktpreise: Aal 2-2.20, Schleie 1.80-2, Karpfen 1.80-2, Hecht 1.20-1.60, Lachs 2.60, Flundern 0.40-0.80, Räucherlachs 3.50-4, geräucherter Flundern 1.40-1.80, Sprotten 0.50-0.70 Gulden.

Produktenbericht. Berlin, 21. November. Nach der gestrigen Verkehrsunterbrechung kam das Geschäft an der heutigen Produktenbörse anfangs nur zögernd in Gang.

Kartoffeln. Berlin, 21. November. Weisses 1.90 bis 2.30, rote und Odenwälder blaue 2.20-2.60, Nieren- 3.50-4.00, andere gelbe 2.50-2.80, Fabrikartoffeln 8 1/2-9 1/2 Pfennig pro Stärkeprozent.

Die russische Fischzufuhr nach Polen verstösst sehr oft gegen die sanitären Vorschriften. Die Sendungen, die zum grössten Teil untauglich sind, gehen über Danzig nach Polen.

Künstliche Düngemittel. Warschau, 20. November. Frühjahrssaison 1930. Notierungen für 100 kg netto Mineralsuperphosphat 16%, lose loko Danzig (Kaiserhafen oder Olivaer Tor) 13.76 zt, Posen (Luban oder Starofeka) 14.24 zt, Kattowitz 14.40, Warschau-Ost 14.40, Lemberg-Podczamce 14.88, Wilna 15.20.

Häute und Felle. Warschau, 20. November. Preise loko städtisches Schlachthaus bei Barzahlung: leichte Rindsfelle 2.20, schwere 2.25, Kalbsfelle 3.70 zt je Kilo.

Bialystok, 20. November. Rote Rindsfelle gesalzen 1.50-1.70 zt das Kilo, Kalbsfelle 6-9 zt Hammelfelle 4-7 zt, Rosshäute 20-35 zt das Stück. Tendenz steigend.

Lublin, 18. November. Rindsfelle 2.50-2.60 zt je 1 kg, Kalbsfelle 13-14.50, Rosshäute bis 210 cm lang 22-25 zt, über 210 cm 26-30 zt, Fohlenhäute I. 60, II. 45 zt das Stück im Grosshandel.

Posener Börse. Fest verzinsliche Werte.

Table with 2 columns: Notierungen in % (21.11., 20.11.) and various bond types like 8% staatliche Goldanleihe, 10% Konvertierungsanleihe, etc.

Industriek Aktien.

Table with 4 columns: Bank Polski, Bk. Kw. Pot., Bk. Przemyl., etc., and their prices for 21.11. and 20.11.

Der Zloty am 20. November. Zürich 57.80, New York 11.25, London 43.49, Prag 377.60, Wien 79.55 bis 79.82.

Warschauer Börse.

Börsenstimmungsbild. Warschau, 20. November. Auch die heutige Börse bot das übliche Bild grosser Geschäftslosigkeit. Ein grosser Teil sonst favorisierter Aktien konnte heute nicht anders wie mit Verlusten abgegeben werden.

Auch am Markt für festverzinsliche Werte haben die Umsätze einen weiteren Rückgang erfahren. Hinzu kam heute noch etwas zu reichliches Angebot und die Folge davon waren grössere Kursrückgänge.

Am Devisenmarkt hat die Nachfrage leicht zugenommen, der Umsatz ist von normalen Ausmassen immer noch sehr weit entfernt. Die Tendenz konnte sich bessern, da der grösste Teil der europäischen Devisen höher bewertet wurde.

Fest verzinsliche Werte. Table with 2 columns: 5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.), 5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zt), etc.

Industriek Aktien.

Table with 4 columns: Bank Polski, Bank Dyakoni, Bk. Handl.L.W., etc., and their prices for 20.11. and 19.11.

Industriek Aktien.

Table with 4 columns: Bank Polski, Bank Dyakoni, Bk. Handl.L.W., etc., and their prices for 20.11., 19.11., 20.11., 19.11.

Tendenz: schwach. Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Table titled 'Amtliche Devisenkurse.' with columns for location (Amsterdam, Berlin, Brüssel, etc.), date (20.11., 21.11., 19.11., 19.11.), and currency type (Geld, Brief, Gold, Brief).

*) Über London errechnet. Tendenz: fest.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 21. November. Schon im heutigen Vormittagsverkehr konnte man einen freundlichen Grundton feststellen, der in erster Linie mit Diskontsenkungshoffnungen heute in London begründet wurde.

Diskontermässigung der Bank von England. (R.) Die Bank von England hat den Diskont von 6 auf 5 1/2 Prozent ermässigt.

Terminpapiere.

Table with 4 columns: Dt. R.-Bahn, A.G.f.Verkehr, Hamb. Amer., etc., and their prices for 21.11., 19.11., 21.11., 19.11.

Ablos.-Schuld 1-60 000 50.10 50.10 60-90 000 50.10 50.10 Ablos.-Schuld ohne Auslosungsrecht 8.70 8.50

Industriek Aktien.

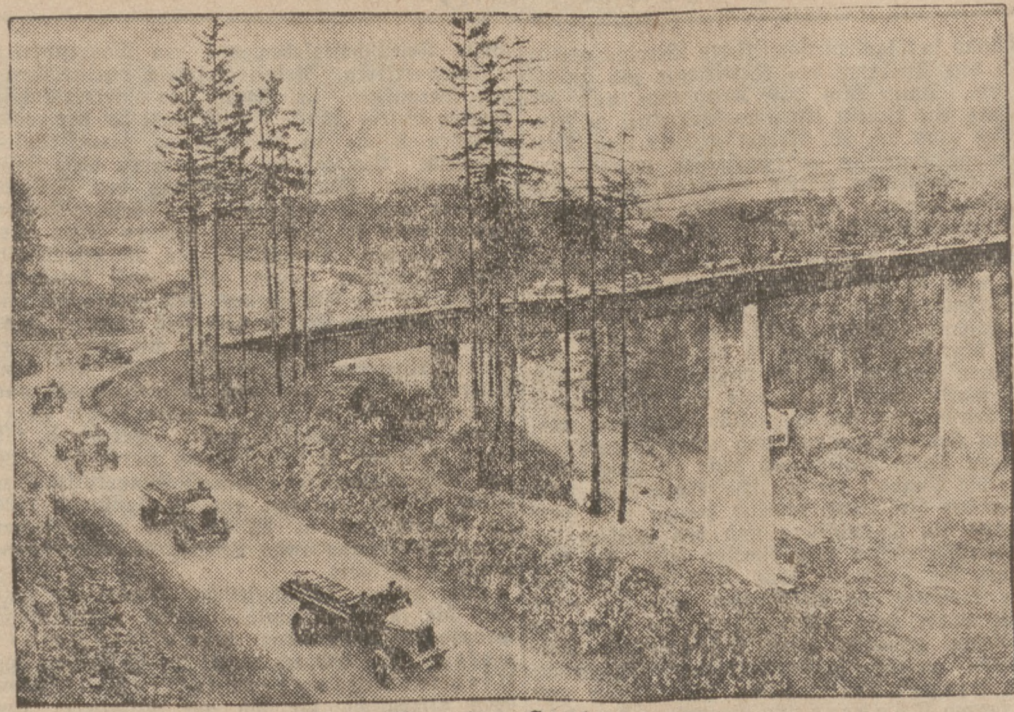
Table with 4 columns: Accumulator, Adierwerke, Aschaffenb., etc., and their prices for 21.11., 19.11., 21.11., 19.11.

Tendenz: geschäftlos.

Amtliche Devisenkurse.

Table with 4 columns: Buenos Aires, Bukarest, Canada, Japan, Konstantinopel, London, New York, Rio de Janeiro, Uruguay, Amsterdam, Athen, Brüssel, Danzig, Helsingfors, Italien, Jugoslawien, Kopenhagen, Lissabon, Oslo, Paris, Prag, Schweiz, Sofia, Spanien, Stockholm, Stalin, Budapest, Kairo, Wien, Reykjavik 100 Kronen, Riga.

ganzen Staate der Regierung eine... über die Loyalität der An... und deren Gruppierung vom Gesichtsp... der Sicherheit der Grenzen er...



Vom Bau der Saaletaisperrre.

Die neue 240 Meter lange Brücke, die in 65 Meter Höhe über den zukünftigen Stausee der Saale-Talsperre bei Saalburg in Thüringen führt, ist bereits vollkommen fertiggestellt. — Unser Bild zeigt die Probebelastung der neuen Brücke durch eine Anzahl schwer beladener Lastkraftwagen im Gesamtgewichte von etwa 120 000 Kilogramm.

Aus der Republik Polen.

Der legale Umweg über Danzig.

Wichtiges Urteil eines Bromberger Gerichts.

Bekanntlich wurde den jungen deutschen Pfadfindern, die vor wenigen Wochen vernommen und auch teilweise verhaftet wurden, u. a. zum Vorwurf gemacht, daß sie bei ihrer Ausreise nach Deutschland, die auf dem Umwege über den Freistaat Danzig geschah, illegal die Grenzen der polnischen Republik überschritten hätten. Wir haben schon damals die Richtigkeit dieser Auffassung besprochen und darauf hingewiesen, daß auch polnische Gerichte unseren diesbezüglichen Standpunkt geteilt hätten.

Am gestrigen Dienstag fand, wie die „Deutsche Rundschau“ meldet, vor dem Bromberger Bürgergericht wieder einmal eine Verhandlung gegen einen Deutschen statt, der wegen unerlaubter Grenzüberschreitung angeklagt war. Er soll über Danzig ohne Paß nach Deutschland gereist sein. Das Gericht sprach den von Rechtsanwält Hoespe-Bromberg verteidigten Angeklagten frei mit der Begründung, daß eine Rechtsgrundlage für die Anklage nicht gegeben sei. Die Vernehmung des von der Staatsanwaltschaft angegebenen Zeugen wurde als unerheblich vom Gericht abgelehnt. Damit wird erneut von einem polnischen Gericht als einer dafür besonders kompetenten Stelle die Richtigkeit unserer Ansicht bestätigt, daß auch die deutschen Pfadfinderjungen und -mädchen, die bei

ihrer Ausreise nach Deutschland die polnisch-Danziger Grenze ordnungsgemäß passiert hatten, mit diesem Umweg über Danzig nicht das Gesetz verletzen konnten.

Die Kritik des „Kurjer Pożnański“.

Der „Kurjer Pożnański“ schreibt zu der Rede des Ministerpräsidenten Swiatkowski, daß sie ihn leider enttäuscht habe. Wer sie nur aus der Verkürzung der polnischen Telegraphenagentur kenne, und wer den Vortrag durch das Radio gehört habe, der sei enttäuscht von dem Ton, der zu sehr an eine Agitationsrede auf Volksversammlungen erinnere. Herr Swiatkowski habe zweifellos in dieser Richtung entwickelte Fähigkeiten, deren Gebrauch aber im gegebenen Augenblick und in solcher Frage einen ungünstigen Eindruck machen müssen. Doch sei es weniger um die Form des Vortrags zu tun. Der erste Teil seiner Rede habe eine obligatorische Verspottung der Abgeordneten und ihrer Sitten enthalten. „Auch wir haben,“ so fährt der „Kurjer“ fort, „in dieser Beziehung, und das betrifft ziemlich viele Parlamentsklubs, manches zu sagen, ebenso wie sich übrigens nicht minder kritische Bemerkungen über Mitglieder der Regierung und ihr Vorgehen aufdrängen. Man darf sich doch nicht damit zufrieden geben, daß man darauf hinweist, was man für ein Uebel hält, sondern man muß die Mittel aufzeigen, die die Krankheit und ihre Quelle beseitigen können. Wenn das Parlament nicht auf der Höhe seiner Aufgaben steht — und das ist zweifelsohne der Fall —, dann muß daran gedacht werden, in positiver Weise die gesetzgebende Körperschaft zu sanieren. Diese Frage interessiert offenbar Herrn Swiatkowski und seine Regierung nicht. Denn er hat sich damit rein negativ auseinandergesetzt, indem er nur für eine Verengung des Bereichs der Abgeordnetenrechte sprach.“

Die Agrarreform.

Warschau, 20. November. (A. W.) Im Agrarreformministerium sind die Arbeiten in der Novellierung des Gesetzes über die Durchführung der Agrarreform am 28. Dezember 1925 beendet worden. Der Entwurf der Novelle wird jetzt mit den einzelnen Ministerien, die daran interessiert sind, besprochen und dann dem Ministerrat zugehen.

Liga für Großmachtentwicklung.

Łódź, 20. November. Auf Einladung des Wojewodschaftscommittees der Liga für die Großmachtentwicklung Polens wird Minister Skladkowski am Montag, dem 25. November, im Saale der Philharmonie einen Vortrag halten über das Thema: „Die schöpferische Arbeit der Selbstverwaltung im neuen Polen.“

Studentenprozeß.

Łemberg, 21. November. Wie die „Agencia Wschodnia“ meldet, wird die Verhandlung gegen die Studenten, die wegen öffentlicher Ruhestörung im Zusammenhang mit dem Eindringen in die jüdische Schule in der ul. Zygmuntowska während der Fronleichnamspredigt angeklagt sind, wahrscheinlich zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden. Die Verteidiger der Angeklagten, Dr. Macielinski und Dr. Nowak-Bryggodzki, haben gegen die Anklageschrift Einspruch erhoben, der jedoch vom Gericht abgelehnt wurde.

Ueber die Verfassungsrevision.

Warschau, 21. November. Wie die „Agencia Wschodnia“ erzählt, wird der Warschauer Universitätsprofessor Waclaw Makowski einen Vortrag halten über die Verfassungsrevision. Ueber daselbe Thema spricht am nächsten Sonntag in Krafau der Justizminister Car.

Eisenbahnunfall.

Warschau, 21. November. (Pat.) Gestern hat sich in der Eisenbahndirection Radom auf der Station Konkie, die auf der Strecke Starzysko-Koluszki liegt, ein Eisenbahnunglück ereignet. Der Güterzug 480 hatte das Sperrsignal überfahren und war auf das Gleis geraten, wo der Güterzug 470 abfuhr. Die Lokomotive entgleiste, der Gepäckwagen und ein gedeckter

Wagen wurden zertrümmert. Der Schaffner Stanislaw Bilski und der Lokomotivführer Tarlowski wurden leicht verletzt, während der Lokomotivgehilfe Lesniewski schwere Verletzungen davontrug. Vom Güterzug 470 entgleiste der Kohlenwagen, und ein gedeckter Wagen wurde beschädigt. Nach der Unglücksstätte ging ein Rettungszug ab.

Bestrafter Redakteur.

Warschau, 21. November. Das Bürgergericht hat gestern Adolf Nowaczynski, wie die „Agencia Wschodnia“ meldet, wegen eines im „WBC“ veröffentlichten Artikels unter dem Titel „Ratschläge für Polen“, der gegen die Regierung gerichtet war, zu einem Monat Gefängnis und 1000 Zloty Geldstrafe verurteilt.

Vortrag des Fürsten Radziwill.

Warschau, 21. November. (A. W.) Der Vorsitzende des Konservativen Komitees und Vizevorsitzende des Regierungsblochs, Fürst Janusz Radziwill, begibt sich nach Lemberg, wo er am 24. November einen Vortrag über die Verfassungsrevision halten wird.

Um die Elektrifizierung.

Warschau, 21. November. Das Gesuch des Elektrizitätswerks „Gródek“ in Thorn an das Ministerium für öffentliche Arbeiten über die Erteilung einer Konzession für die Elektrifizierung von Pommerellen, Polen und des angrenzenden kongreßpolnischen Gebietes, umfaßt u. a. die Kreise Rypin, Mława, Lipno, Niezajawa, Supce, Konin, Kolo, Kalisz, Turck und Wielun. Dieses Gebiet zählt etwa 4 Millionen Einwohner. Die Verhandlungen mit „Gródek“ sind im Gange. Das Programm des genannten Elektrizitätswerks sieht eine Realisierung der Pläne im Laufe von sechs bis acht Jahren mit einem Kostenaufwand von 60 Millionen Zloty vor.

Verloren.

Nach einer Meldung des „Kurjer Pożnański“ aus Berlin soll die endgültige Stimmzählung ergeben haben, daß die Polen bei den Stadtverordnetenwahlen in Beuthen eins der bisherigen zwei Mandate an das Zentrum verloren haben.

Die Nordpolfahrt des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 21. November. (R.) Ueber die Vorbereitungen für die Nordpolfahrt des „Graf Zeppelin“ äußerte sich Dr. Eckener in einer Unterredung mit einem Pressevertreter. Dr. Eckener teilte unter anderem mit, daß zur Zeit bauliche Veränderungen am Luftschiff noch nicht vorgenommen werden. Ueber die Veränderungen, die im Innern des Luftschiffes vorgenommen werden sollen, könne zur Zeit noch nichts Bestimmtes beschlossen werden, da alles abhängt von dem Ausgang der Verhandlungen mit den Versicherungsgesellschaften. Weiter teilte Dr. Eckener mit, daß der Luftschiffbau Zeppelin auf das Jahrunternehmen nach dem Nordpol einen Einfluß nicht habe, sondern lediglich das Luftschiff der Aeronautischen Gesellschaft zur Verfügung stelle. Dabei übernehme der Luftschiffbau Zeppelin nur die Aufgabe, das Luftschiff in den Zustand zu versetzen, der für eine solche Fahrt erforderlich sei. Außerdem stelle der Luftschiffbau Zeppelin für diese Fahrt eine erfahrene Mannschaft zur Verfügung. Schließlich teilte Dr. Eckener noch mit, daß die Einbauten in das Luftschiff bis Anfang Februar nächsten Jahres beendet sein müssen. Mitte Februar werde dann die erste Probefahrt durchgeführt.

Nach Meldungen aus Friedrichshafen wird mit dem Bau des neuen Luftschiffs „L. 3. 128“ Anfang nächsten Monats begonnen. Man rechnet damit, daß das neue Luftschiff im Frühjahr 1931 fertig sein wird und im darauffolgenden Sommer bereits seine großen Fahrten durchführen kann.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jurek für Danzig und Bistritz: Guido Daebe. Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtsamt u. Briefkasten: Rudolf Herbrechtsmeyer für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: Die Zeit im Bild: Alexander Jurek. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Margarete Wagner, Kosmos Sp. 20.0 Verlag: „Posener Tageblatt“, Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Polen. (Apostrophica)



Die Mundpflege bei Kindern

wird auf einfache und angenehme Weise durch fleissiges Mundreinigen mittels ODOL erreicht. Die Reinigung muss namentlich morgens und abends, möglichst auch nach dem Mittagessen, vorgenommen werden. Kinder gewöhnen sich sehr schnell an die ODOLspülungen, weil das ODOL gut schmeckt und eine erquickende Frische im Munde erzeugt.

Einste in über Verständigung. Paris, 21. November. (R.) Der „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Berichters mit Professor Einste. Einstein erklärte, daß die Politik Stresemanns aus der Annäherung unter allen Völkern eine Lebensfrage für die Zukunft. Die Wehrheit der Deutschen habe einen Schrecken vor dem Kriege und wolle nur zu arbeiten und in Frieden über Deutschland zu kommen. Eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sei nicht nur eine europäische Angelegenheit, sondern vom Standpunkt der beiden Länder, sondern vom Standpunkt der beiden Völker aus wünschenswert. Eine deutsch-französische Verständigung sei der Kern einer klugen europäischen Politik. Wenn die beiden Länder mit ihrem Beispiel vorgehen, würden die übrigen das-

Die letzten Telegramme.

Washington, 21. November. (R.) Die amerikanische Delegation für die Londoner Flottenabstimmungskonferenz im Januar nächsten Jahres ist jetzt ernannt worden. Führer der Delegation wird der amerikanische Außenminister Clegg sein. Ferner werden der Delegation die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten in Belgien, London und Mexiko. Der Delegation sind noch zwei Fachberater beigegeben, von denen der eine der Oberbefehlshaber der amerikanischen Flotte ist.

Ueberschwemmungen.

London, 21. November. (R.) Zu den Ueberschwemmungen in Südeuropa wird noch hinzugefügt, daß ungefähr 250 Häuser durch die Flut, 2000 Personen sind obdachlos geworden.

Die englischen Konservativen.

London, 21. November. (R.) In England beendete heute der Jahresparteitag der konservativen Partei. Auf diesem Parteitag, der der erste ist seit den letzten englischen Wahlen, soll hauptsächlich die Reorganisierung der konservativen Partei beraten werden. Der Parteitag wird voraussichtlich drei Tage dauern.

Vertragung des amerikanischen Senats.

Washington, 21. November. (R.) In Amerika wird sich der Senat morgen bis zum 2. Dezember verlagern. Durch diese Verlagerung wird u. a. die Erledigung der amerikanischen Zolltarifreform nach weiter hinausgeschoben.

Das Grab einer Königin.

London, 21. November. (R.) In Oberägypten wurde ein altes Grab einer ägyptischen Königin von einer amerikanischen Forschungs Expedition entdeckt. Das Grab der Königin ist ungefähr 3500 Jahre alt und soll das am reichsten ausgestattet sein nach dem vor einigen Jahren

entdeckten Grab des altägyptischen Königs Tutanchamon. Das neu entdeckte Grab soll seinerzeit kurz nach der Beisetzung der Leiche von Räubern ausgeplündert worden sein. Dieser Raub soll erst einige hundert Jahre später von einem ägyptischen König entdeckt worden sein, der die Schätze, die durch die Räuber angerichtet wurden, nach Möglichkeit habe beseitigen lassen.

Abgestürztes Flugzeug.

Neuport, 21. November. (R.) In Neuport stürzte ein Flugzeug mitten über der Stadt ab. Der Flugzeugführer wurde getötet, sein Begleiter konnte sich durch Fallschirmabsprung retten und landete in dem in der Nähe der Unglücksstelle gelegenen Neuportler Zentralpark. Er kam mit leichten Verletzungen davon. Trotz des starken Verkehrs an der Absturzstelle wurden Passanten nicht verletzt.

Die Diktatur in Portugal.

Lissabon, 21. November. (R.) In Portugal wurde nach einer Meldung des halbamtlichen französischen Nachrichtenbüros die Beibehaltung der Diktatur vom Ministerrat beschlossen. Der portugiesische Ministerrat habe sich für diese Maßnahme ausgesprochen mit der Begründung, daß die Diktatur vorläufig noch notwendig sei, um verschiedene wichtige politische Reformmaßnahmen durchzuführen. So müsse die Währung reformiert werden. Ferner müsse die wirtschaftliche Lage Portugals und seiner Kolonien gefördert werden. Den politischen Parteien wurde die Mitarbeit an der Regierung zugelegt.

Die Börsenverluste in Neuport.

Neuport, 21. November. (R.) Die Neuporter Börse beziffert die Verluste durch die Kursstürze in der letzten Zeit auf rund 300 Milliarden M. Ferner ist der Durchschnittspreis für Aktien um über 20 Prozent gesunken.

Streik in Johannesburg.

London, 20. November. (R.) Am Dienstag wurden in Johannesburg 120 streikende eingeborene Arbeiter verhaftet. Man rechnet mit der Möglichkeit eines Generalstreiks.

Gegen spröde Haut NIVEA CREME bei Regen, Wind u. Schnee

Zehn Jahre Bauernverein Podwegierki.

Am nächsten Dienstag kann der Bauernverein Podwegierki (fr. Wilhelmsau) im Kreise Wreschen auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Grunde soll eine besondere Jubiläumsspektakelung stattfinden, zu der bedeutende Persönlichkeiten des landwirtschaftlichen Vereinswesens ihr Erscheinen zugesagt haben.

Hochstand des landwirtschaftlichen Vereins wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges jah unterbunden. Dann kam das Kriegsende und der Umsturz, der Verein schien verschwinden zu sein.

Eine weitere Tätigkeit übte der Verein jedoch nicht aus, da bei den ungeklärten Zeiten niemand Interesse an einem Fachverein hatte, und die Posener Zentrale selbst noch in der Gründung begriffen und nicht in der Lage war, die einzelnen Vereine zu unterstützen.

Samte Gesellschaftsleben auf den Bauernverein zu konzentrieren. Neben periodisch wiederkehrenden Vergnügen im Saale des Vereinslokals dienten diesem Zwecke die im Park bei der evangelischen Kirche in Wilhelmsau veranstalteten Partys.

Von großer wirtschaftlicher Bedeutung war auch die in den Vereinsstunden veranstaltete Propaganda für das Genossenschaftswesen. Nur dadurch wurde die Gründung der Viehverwertungsgenossenschaft Wreschen ermöglicht, die sich auf Mitglieder des Wilhelmsauer Vereins konzentriert und deren Leitung in Händen von Persönlichkeiten des Wilhelmsauer Vereinsgebietes liegt.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis 13 1/2 Uhr. J. S. 100. Der Sejmabgeordnete Tatulajski wohnt in Linja, pow. Weiszerowo.

Wettervoransage für Freitag, 22. November. = Berlin, 21. November. Für das mittlere Norddeutschland: Abgehen von Morgennebeln heiter bei leichten südöstlichen Winden; nachts vielfach mäßiger Frost; rasch ansteigende Tagestemperaturen.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen. Synagoge A (Wolnica). Freitag, abends 4 Uhr. Sonnabend, morgens 7 1/2 Uhr, vorm. 10 Uhr nachm. 4 Uhr. Sabbath-Ausgang 4.40 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen. Der Mann mit der roten Signalfahne.

Im letzten Jahrhundert hat die subjektive Auslegung des Begriffes „Geschwindigkeit“ arge Reaktionen erlebt. Heute ist der Mensch in der Tat bei 500 Kilometer-Tempo angelangt.

Bestellungen auf das „Posener Tageblatt“ für den Monat Dezember d. Js. werden von den Briefträgern vom 15. - 25. November von allen Postanstalten, unierten Agenturen und von der Geschäftsstelle in Posen, Zwierzyniecka 6 entgegengenommen.

Statt Karten. Die Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen an Frau Dr. Gertrud Baak-Wiese, Dr. Anton Baak.

THEA VON HARBOU Frau im Mond Nach diesem Roman drehte Fritz Lang den Ufa-Film

GROSSE AUSGABE: Mit 16 Kupfertiefdruck-Bildern nach Aufnahmen aus dem Film. Geheftet 6.60 zł. Ganzleinen 11 zł. BILLIGE AUSGABE: Ungekürzt. Ganzleinen 4.40 zł.

AUTOMOBILE jeder Art, wie Personen-, Last-, Lieferwagen und Omnibusse, neue u. gebrauchte, stets als Gelegenheitskäufe zu haben.

Arbeitsmarkt Gesucht für sofort oder später Gutssekretärin und Buchhalterin mit guter Handschrift. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an M. Jouanne, Rittergutsbesitzer, Alenta, p. Nowemiasio n./W., pow. Jarocin.

Das allgemein beliebte und bekannte Restaurant „Pod Orlem“ pl. Wolności 5 Telefon 5637 veranstaltet heute, Donnerstag, ein grosses Schlachtfest

Napoleon I. SCHICKSALSWENDE Eine psychologische, kulturhistorische Studie von HERMANN von FRANÇOIS General der Infanterie, Dr. h. c. Mit 22 Tafelbildern und 7 Kartenskizzen

Klavier zu kauf. gesucht. Herrenpelz, neu, mittl. Gr., verk. preisw. Nowal, Kreza 24 II.

METROPOLIS. Ab Donnerstag, d. 21. 11. 1929: „Frauen, die man nicht heiratet“

DRESDNER STREICHQUARTETT Quartette von Ravel (F-Dur), Beethoven op. 59 I und Brahms op. 51 II.

3000 Dollar sind sofort auf 1. Hypothek zu vergeben. Off. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1869.

20-30 zł täglich können Herren verdienen, die Bekanntheit mit Landwirten haben. Off. an „Par“, Poznań, Meje Marcintowskiego 11, unter Nr. 46,46.

Flügel Pianinos Steinway & Sons ausländischer Firmen zu bequemen Bedingungen bis 24 Monaten. Harmoniums bei Anzahlung von 250 zł gegen Abzahlungen von 30 zł monatlich empfiehlt Wladyslaw Kwiatkowski Poznań, ul. Gwarna 13 Telefon 24-45.

Rung., evgl. Bädereigelle der auch die Feinbäderei erlernt hat, sucht Stell. Off. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, u. 1874.

Kosmos Termin-Kalender 1930 enthält die polnischen Gesetze und Verordnungen, Tarife usw. in deutscher Übersetzung. Unentbehrlich für jeden Deutschen in Polen!

Suche ein Mädchen aus besserer Familie bis 25 J. alt zu einem 2jähr. Kinde, mit Kenntnis der polnischen Sprache. Off. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1876.

Suche ein Mädchen zur Erlernung des Haushalts. Taschengeld gewährt. Ang. mit selbstgesch. Lebenslauf erb. Bloch, Łaziska d. Wagrowiec.

Ein altes gebrauchtes Klavier, auch reparaturbedürftig, p. Kasse z. kauf. gef. Off. an Ann.-Exp. Kosmos Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1872.

K. K. P. Kokos u. Manilla sind Pflanzenfasern, daher daraus gefertigte Teppiche, Läufer und Bodenbelagstoffe das denkbar haltbarste Gewebe zu beispiellos niedrigen Preisen bietet nur die Teppich-Zentrale Kazimierz Kuzaj, Poznań, ul. 27. Grudnia 8.